Donnerstag, 19. Februar 1925 · 73. Jahrgang Nr. 84

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschliesslich zweimaliger Zustellung durch die Boten frei wöchentlich 80 Goldpfennig im voraus zahlbar, durch die Post 3.15 Goldmark monatlich exklusive Zustellung im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die 1spaltige Zeile 0.70 Goldmark; für kleine Anzeigen: das Wort 0.30 Goldmark; das fettgedruckte Wort 0.60 Goldmark. Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Str. 46—49 Fernspr.: Dönhoff Nr. 5440 bis 5455; für den Fernverkehr Nr. 2507 bis 2509. — Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonte Nr. 524, Rudolf Mosse, Berlin SW. 1. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Strasse 67—68, Wiener Strasse 1—4, Frankfurter Allee 286, Frankfurter Allee 346, Grosse Frankfurter Strasse 101, Greifswalder Strasse 197, Kochhannstr. 8, Schönhauser Allee 144

Chefredakteur: Otto Nuschke.

Mit „Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „U.L.K."
BERLIN VERÄNDERLICH

Schiffbauerdamm 4, Rathenower Str. 79, Fennstr. 1, Müllerstr. 135, Badstr. 62, Königstr. 56—57, Rosenthaler Str. 48, Rathenower Str. 3, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 38, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 50, Hüchertzir. 69, Fidicinstr. 9, Charlottenburg: Tauentzienstr. 3, Kantstr. 34, Scharrenstr. 30, Nürnberger Str. 25—26, Kaiserdamm 99, Friedenau: Rheinstr. 19, Halensee-Grunewald: Heurlettenplatz, Lichtenberg: Frankfurter Allee 341, Lichterfelde-West: Curtiusstr. 1—3, Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 91—94, Kaiser-Friedrich-Str. 247—48, Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 14; Schöneberg: Hauptstr. 35—34, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 133 Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weissensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 38, Kaiserplatz 13, Brandenburg: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 31—32; Cöpenick: Schlossstrasse 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschönweide: Brückenstr. 23, Potsdam: Brandenburger Str. 23, Spandau: Breite Str 47; Steglitz: Paradeplatz 2

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die Regierungserklärung im Landtag

Das Programm des Kabinetts Marx — Die Rechtsparteien in Opposition

O. N. Herr Dr. Marx, der noch vor wenigen Wochen als verantwortlicher Reichskanzler die Geschicke Deutschlands leitete, ist wahrhaftig kein Mann, der sich um ein Amt risse, selbst wenn es das des preußischen Ministerpräsidenten ist. Er hat sich dem Rufe seiner Partei und des preußischen Verfassungsblockes nicht versagt, obwohl bei der Abirrung der Deutschen Volkspartei vom Wege staatspolitischer Notwendigkeiten es von vornherein wahrscheinlich war, daß sich das Kabinett Marx nur auf die drei Parteien der alten Weimarer Koalition stützen kann. Indem er sich zur Verfügung stellte und sein Ministerium aus Männern der drei Verfassungsparteien zusammensetzte, gibt er zu erkennen, daß höhere Pflichten gegen Staat und Volk ihn leiten. Für Preußen steht doppelt viel auf dem Spiel, nachdem wir im Reiche eine Rechtsregierung bekommen haben. Die Deutsche Volkspartei verschließt sich in blindem Parteifanatismus den bestehenden Gefahren. Herr Dr. Marx hat in seiner rein sachlichen Rede diese Gefahren gestern nur angedeutet: Der kommende Finanzausgleich zwischen dem Reich und den Ländern erfordert eine aktionsfähige Regierung. Ruhe und Ordnung, die die Voraussetzung eines gedeihlichen Wirtschaftslebens und eines erfolgreichen Wiederaufbaues sind, können nicht gewährleistet werden, wenn man mit einem Bürgerblock gegen die Arbeiterschaft regiert. Außenpolitisch bedeutet es eine außerordentliche Entlastung, wenn in Preußen die nationalistischen Richtungen vom Einfluß auf die Staatsmaschine ausgeschaltet bleiben. Nur so ist wahrscheinlich allein das wichtigste Instrument der öffentlichen Ordnung, die Schutzpolizei, zu erhalten.

Nüchtern hat der Ministerpräsident Dr. Marx diese Tatsachen geschildert. Er wollte sie zunächst für sich selber sprechen lassen. Darum vermied er jede Drohung und alle starken Worte. Wird die Sprache der Sachlichkeit von der Opposition in Preußen verstanden? Nach den gestrigen Erklärungen der Führer der beiden Rechtsparteien muß diese Frage leider verneint werden. Von den Deutschnationalen war gewiß nichts anderes zu erwarten. Die Erklärung, die Herr Winckler verlas, enthielt in ihrer geistigen Dürftigkeit doch eine Kampfansage in aller Form. Die Deutschnationalen wollen in Preußen den alten konservativen Einfluß zurückgewinnen. Nur darum haben sie sich im Reiche in die Rechtsregierung gedrängt. Sie werden mit allen Mitteln versuchen, die frühere Alleinherrschaft zurückzuerringen, obwohl sie wahrhaftig noch heute in der Verwaltung einen ganz ungebührlichen und unverdienten Einfluß besitzen. Aber zu zahlreich sind die Elemente, die in ihrer Gefolgschaft nach Amt und Würden streben. Nur die restlose Herrschaft der Deutschnationalen kann jene Futterkrippenansprüche befriedigen, und die politische Macht ist den alten Konservativen nur dann sicher, wenn sie sie mit niemandem zu teilen brauchen. Die Deutsche Volkspartei hat alles vergessen, was in dieser Hinsicht das Preußen des Dreiklassenwahlrechts einstmals offenbarte. Herr v. Campe hat aber auch nicht aus den jüngsten außenpolitischen Erörterungen zu lernen vermocht. In verbissenem Eigensinn hält er an der einseitigen Rechtsbindung seiner Fraktion fest. Die Erklärung der Deutschen Volkspartei, die von ihm verlesen wurde, war inhaltlich nichts anderes als ein Breittreten des deutschnationalen Sprüchleins. Die Deutsche Volkspartei will dem Kabinett Marx ebenso wie dem Kabinett Braun das Vertrauen versagen. Sie will weiter das Ferment der Krisenseuche bleiben. Es bekümmert sie nicht, daß die beiden Rechtsparteien eine Minderheit sind, die nur unter freundlicher Mithilfe der Tschekа-Kommunisten ihr sauberes Werk des Ministerstürzens betreiben kann. Sie ist von allen guten Geistern verlassen und nur vom Parteigeist besessen. Aber Herr Dr. Marx ist der letzte, der vor solchen Gegnern zurückweichen könnte. Versagt der Appell an das staatspolitische Pflichtgefühl der Deutschen Volkspartei, dann wird über kurz oder lang ein Appell an das Volk ergehen müssen. Man kann Preußen, das größte Land Deutschlands, nicht der deutschnational-volksparteilich-kommunistischen Opposition als Tummelplatz überantworten. Herr Dr. Marx hat diese Drohung nicht ausgesprochen, aber ihre Folgen werden sich von selbst ergeben, wenn die Ministerstürzerei aus Eigensinn und Parteifanatismus noch ein wenig fortgesetzt werden sollte.

*

Die Rede des Ministerpräsidenten ging in großer Ausführlichkeit auf alle schwebenden Fragen ein. Sie war in mancher Formulierung und Wendung darauf berechnet, den Rechtsparteien die Ablehnung einer Billigungserklärung schwer zu machen. Neben diesen mehr taktisch gewählten Stellen enthielt sie Sätze, die auf die volle Zustimmung der Regierungskoalition rechnen können. Obwohl Herr Dr. Marx sich eng an sein Manuskript hielt, durchstrahlte die Worte der Trauer um die Toten von Dortmund aufrichtige Wärme. Es ist tieftraurig, daß selbst bei diesen Gedächtnisworten die kommunistische Ecke sich durch rüpelhafte Zwischenrufe bemerkbar machte. Die große Aufrichtigkeit des Staatsmannes Marx ließ ihn Worte wärmsten Dankes für seinen Amtsvorgänger finden. Keine taktischen Bedenken vermochten ihn zu hindern, die Verdienste Otto Brauns um Preußen rückhaltlos anzuerkennen. Es war zu erwarten, daß Herr Marx in seinen kulturpolitischen Erörterungen den christlichen Geist der Schule besonders hervorheben würde, ebenso wie er die Jugenderziehung zur Vaterlandsliebe und zum Verständnis deutscher Wesensart forderte. Aber er unterließ es auch nicht, zu betonen, daß gerade aus dem Erlebnis des eigenen Volkes sich Verständnis für das Wesen anderer Völker gewinnen läßt. Damit kam er zu der weiteren Forderung, daß die Erziehung im Sinne der Völkerversöhnung und der verantwortungsbewußten Teilnahme am Staatsleben der deutschen Republik erfolgen muß. Sehr ausführlich verweilte Herr Dr. Marx bei den Mittelstandsfragen. Hier stellte er praktische Hilfsmaßnahmen in nahe Aussicht. Auch die Beamtenschaft wurde seiner besonderen Fürsorge versichert, und für die Landwirtschaft legte er die Ertragssteigerung und die Förderung der Siedlung als wichtigste Aufgaben dar. Geschickt umging er die heikle Zollfrage. Für Ruhrländer und politisch Verfährte will das Kabinett Marx weitgehende Gnadenerweise gewähren. Verwaltungsreform, Sozialpolitik und Wohnungswirtschaft wurden eingehend behandelt, und zum Schluß erklang eine Mahnung an die politischen Beamten, die für die Autorität des Freistaates und der verfassungsmäßigen Regierung einzutreten haben. Daran schloß er den „ernsten und nachdrücklichen Appell an alle Kreise des Volkes", von dem Parteihader abzulassen und alle Kräfte dafür aufzuwenden, unser Volk und Vaterland allmählich wieder aus dem tiefen Verfall zu größerer Blüte und Kraft emporzuführen.

*

Abgesehen von den Kampferklärungen der beiden Rechtsparteien brachte die Aussprache nur zwei Reden. Für die Sozialdemokraten sprach der Hallenser Professor Waentig: Seine Partei will sich die Stellungnahme zur neuen Regierung von Fall zu Fall vorbehalten, sie ist aber zur Mitarbeit grundsätzlich bereit. Der Zentrumsredner Dr. Schmidt zerpflückte eingehend die schiefe Darstellung der Volkspartei, daß man sie ausgeschaltet habe. Die Volkspartei hat sich selbst ausgeschaltet und sich zu den deutschnationalen Kleppern seitwärts in die Büsche geschlagen. Heute soll die Besprechung fortgeführt werden, und morgen, Freitag, hofft man, sie zu Ende zu führen. Wahrscheinlich werden die Regierungsparteien eine Billigungserklärung einbringen, die einem Vertrauensvotum gleichkommt.

Die gestrige Landtagssitzung

Bei der gestrigen Landtagssitzung waren Saal und Tribünen stark besetzt, als Präsident **Bartels** um 1/3 Uhr die Sitzung eröffnete. Seine Mitteilung, daß Abg. Marx (Zentr.) die auf ihn gefallene Wahl zum Ministerpräsidenten angenommen hat, wird in der Mitte mit Beifallsrufen aufgenommen.

Der Präsident gedenkt dann, während sich sämtliche Abgeordneten und Regierungsvertreter von den Sitzen erheben, der Schlagwetterkatastrophe bei Dortmund. Er teilt mit, daß er den Hinterbliebenen der Opfer die Teilnahme des Landtags ausgedrückt habe. Der Landtag werde daran mitarbeiten, daß die Hinterbliebenen vor Nahrungssorgen geschützt werden, und daß alles geschieht, um der Wiederkehr ähnlicher Katastrophen vorzubeugen. Die darauf bezüglichen Anträge und Interpellationen sollen am 3. März auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Als hierauf Ministerpräsident Marx das Wort zur **Regierungserklärung** erhält, rufen die Kommunisten einige Minuten lang: „Ruhrgeldschieber!"

Die Regierungserklärung.

Ministerpräsident Marx spricht zunächst dem Landtag seinen Dank für das ihm durch die Wahl zum Ministerpräsidenten erwiesene Vertrauen aus und stellt dann die Mitglieder seines Kabinetts vor. Es sind Justizminister Dr. Am Zehnhoff, Innenminister Severing, Wohlfahrtsminister Hirtsiefer, Kultusminister Dr. Becker, Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff, Minister für Handel und Gewerbe Dr. Schreiber (Halle), Landwirtschaftsminister Steiger.

Der Ministerpräsident führt aus: Meine erste Pflicht scheint mir nach Lage der Dinge darin zu bestehen, auch von dieser Stelle die herzlichste Anteilnahme der Staatsregierung auszusprechen an dem erschütternden **grauenhaften Unglücksfall, der die treue Bergarbeiterschaft des Ruhrreviers betroffen hat und dessen der Landtagspräsident ja soeben gedacht hat.** Auf dem Felde der Ehre sind die allzufrüh von jähem Tode Dahingerafften in treuer Pflichterfüllung dahingegangen. Ehre, Dank und Anerkennung gebührt ihnen im vollsten Maße. Höchste Anerkennung ist aber auch den Rettungsmannschaften zu zollen, die unter schwerer Gefährdung ihres eigenen Lebens alles daran gesetzt haben, um ihre Kameraden den finsteren Schatten des Todes zu entreißen.

Selbstredend wird die Staatsregierung alles, was in ihren Kräften steht, daran setzen, um das schwere Los der Hinterbliebenen der auf so tragische Weise aus Leben Gekommenen zu lindern.

Der Dank an das Kabinett Braun.

Wärmsten Dank spreche ich namens des gesamten Staatsministeriums aus den Mitgliedern des Kabinetts Braun, in erster Linie dem verehrten Herrn Ministerpräsidenten, der seit über drei Jahren in so vorbildlicher Weise die Geschicke Preußens geleitet hat!

In all dem Wirrwarr der letzten Jahre, der unser Deutsches Reich und die meisten Länder erschütterte, bildete Preußen einen rühmenswerten ruhenden Pol. Seit drei Jahren hat dort keine Regierungskrise den Fortgang segensreicher und echt nationaler Arbeit gestört.

Noch immer muß die **Außenpolitik** als in erster Linie für unser politisches Verhalten maßgebend betrachtet werden, und alle innenpolitischen Wünsche müssen vor den auswärtigen Interessen zurücktreten und sich nach ihnen einrichten. Ganz selbstverständlich für jeden national denkenden Deutschen ist die Festigung und Wahrung der deutschen Reichseinheit. Daneben müssen die Rechte der einzelnen Länder geklärt und festgelegt werden. Die Staatsregierung wird mit aller Sorgfalt und aller Entschiedenheit dahin wirken, daß möglichst bald eine Klärung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern stattfindet.

Die innerpreußischen Aufgaben

Was nun die inneren Verhältnisse Preußens anlangt, so halte ich es nicht für zweckmäßig, Ihnen ein eingehendes Regierungsprogramm vorzutragen. Ich möchte Ihnen nur einige Richtlinien vorführen, nach denen ich unsere Politik einzurichten gedenke.

Ganz selbstverständlich ist es, daß vor allem die **Ernährung der Bevölkerung sichergestellt** und nachdrücklichst gefördert werden muß. Der Landwirtschaft muß die Förderung zuteil werden, die ihr als einem der wichtigsten Berufsstände im Volksleben zukommt. Die Erträge sind auf breitester Grundlage zu steigern, die Urbarmachung von Oedland ist zu begünstigen und die Siedlungspolitik ist fortzusetzen.

Eine wesentliche Aufgabe der Regierung ist die Durchführung der **Reform der kommunalen und staatlichen Verwaltung.** Beide Fragen haben bereits den letzten Landtag eingehend beschäftigt. Insbesondere sind die Städte- und die Landgemeindeordnung mit großer Gründlichkeit im Ausschuß beraten und diese Beratungen zu einem gewissen vorläufigen Abschluß gebracht worden.

Der Finanzausgleich.

Die Verhandlungen über den Finanzausgleich, der die Verhältnisse zwischen Reich, Ländern und Gemeinden für die nächste Zeit regeln soll, werden auch den Gemeinden wieder eigene Einnahmen schaffen müssen.

Die **Lage der preußischen Finanzen** erfüllt das Staatsministerium mit ernster Sorge. Durch die Bemühungen der vorigen Regierung und des alten Landtages, die Dank und Anerkennung verdienen, ist zwar das Gleichgewicht im Staatshaushalt vorläufig hergestellt, die Steuereingänge und die Reichsüberweisungen erreichen auch die Voranschläge; aber die Ausgaben zeigen, wie ein Blick auf den Voranschlag für 1925 lehrt, die Tendenz, stärker zu steigen als die Einnahmen, und die Betriebsüberschüsse gehen zurück. Außerdem laufen wichtige Steuergesetze mit dem Ende des Rechnungsjahres 1924 ab und müssen unverzüglich verlängert werden. Vor allem aber —

die Pläne der Reichsregierung bedeuten eine ernste Gefährdung der Finanzen sowohl des preußischen Staates als auch der preußischen Gemeinden.

Schnelldienst

Der Reichspräsident empfing gestern den nach Deutschland zurückgekehrten bisherigen Botschafter in Washington, Dr. Wiedfeldt.

Der neue tschechische Gesandte in Berlin, Professor Dr. Camillo Krofta, wird seinen Berliner Posten im Laufe des Monats März antreten.

Gestern fand in Downingstreet eine Vollsitzung des englischen Kabinetts statt. Man nimmt an, daß der Bericht des Unterkomitees des Reichsverteidigungsausschusses über das Genfer Protokoll noch nicht vom Kabinett erörtert wurde.

Der preußische Staatsrat stimmte gestern verschiedenen Vorlagen zu und vertagte sich auf heute.

Dieser Tage wird, wie aus Rom gemeldet wird, eine Delegation italienischer Kaufleute und Industrieller mit dem Parlamentsmitglied Giovanni Rebora an der Spitze nach Lettland reisen, um die dortigen Wirtschaftsverhältnisse zu studieren und festzustellen, welche Möglichkeiten sich für den Handel zwischen Italien und den baltischen Staaten bieten.

Im handelspolitischen Ausschuß des Reichstags wurde die Generaldiskussion über den deutsch-spanischen Handelsvertrag fortgesetzt.

Frau Florence Kahn, die Witwe des Kongreßmitgliedes Kahn, wurde als Nachfolgerin ihres Mannes in den amerikanischen Kongreß gewählt.

Das Staatsministerium ist durchaus bereit, dem Reiche zu geben, was des Reiches ist. Preußen hat immer wieder bewiesen, daß es sich in seiner Reichstreue von keinem anderen Lande übertreffen läßt — leider, ohne für diese Haltung immer Anerkennung zu finden —, aber Preußen muß für sich und seine Gemeinden beanspruchen, nicht nur an dem Ertrage der großen Steuern in stärkerem Umfange, als es die Reichsregierung plant, beteiligt zu werden, sondern auch einen größeren Einfluß auf die Verwaltung dieser Steuern zu gewinnen.

Warnung an die Opposition

Die entscheidenden Verhandlungen mit dem Reiche stehen vor der Tür, ja, Preußen ist vielleicht dadurch, daß ihm in den letzten Wochen eine verantwortliche Regierung fehlte, schon ins Hintertreffen gekommen, jedenfalls ist Gefahr im Verzuge. **Ich halte es für meine Pflicht, mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, welche schwere Verantwortung alle diejenigen auf sich laden, die die Bildung einer arbeitsfähigen Regierung unmöglich machen und dadurch verhindern, daß der preußische Staat bei den Verhandlungen mit dem Reiche mit der erforderlichen Autorität vertreten werde.**

Die Sorge für den Mittelstand

Es wird die besondere Aufgabe des Staatsministeriums sein, darüber zu wachen, daß in der aus der Inflation und ihrer Ueberwindung erwachsenen unnormalen Lage unserer Wirtschaft nicht wertvolle und für den gesunden Aufbau unserer Volkswirtschaft und unseres Staates notwendige Glieder der deutschen Wirtschaft vernichtet oder in ihrer Erholung durch die Uebermacht öffentlicher oder privater Kapitalzusammenballung gehemmt und gehindert werden. **Insbesondere wird es notwendig sein, dem notleidenden Teil der Landwirtschaft, des gewerblichen Mittelstandes und des Handwerks durch Zurverfügungstellung von Kredit in möglichst weitem Umfange zu helfen und der steuerlichen Ueberlastung entgegenzuwirken,** die gerade bei diesen Schichten des deutschen Volkes vielfach vorhanden ist.

Auch im übrigen wird die Staatsregierung dem in schwerer Notlage befindlichen Mittelstand ihre Aufmerksamkeit zuwenden und, wo und wie sie nur immer vermag, auf dem Wege der Gesetzgebung und der Verwaltung Stützpunkte errichten, um die möglichst weitgehende Gesundung der dem Mittelstand zuzurechnenden Bevölkerungskreise herbeizuführen. Hierhin gehört auch die Fürsorge für die Beamten aller Art in möglichst weitem Umfange.

Die Schule muß den Geist echten Christentums praktisch lebendig machen. Die Notlösung der sogenannten weltlichen Sammelklassen muß möglichst bald durch Reichsgesetz eine rechtlich einwandfreie Grundlage erhalten.

Die Aufgaben der Schule

Nur aus dem Erlebnis des eigenen Volkes läßt sich Verständnis für das Wesen anderer Völker gewinnen und damit die Verwirklichung der Forderung der Reichsverfassung nach einer Erziehung im Sinne der Völkerversöhnung erst ermöglichen. Die Schule soll die Klassen und Parteien nicht trennen, sondern verbinden und hat sich deshalb von parteipolitischen Fragestellungen freizuhalten, sie hat aber zum Verständnis der Lebensnotwendigkeiten des Volkes und zur Achtung der verschiedenen Standpunkte zu erziehen. **Sie soll einen freudigen Glauben an die deutsche Zukunft in den Herzen unserer Jugend wecken und sie zu verantwortungsbewußter Teilnahme am Staatsleben der deutschen Republik reif machen.** das wird sie nur können, wenn sie alle Fähigkeiten der heranwachsenden Jugend, die geistigen wie die körperlichen, gleichmäßig entwickelt.

Soziale Aufgaben

Die Staatsregierung verfolgt mit besonderem Ernst die Lage des Arbeitsmarktes. Sie sieht in der **Arbeitsbeschaffung** die beste Form einer Erwerbslosenunterstützung und wird daher der Schaffung von Arbeitsgelegenheit ihre ganz besondere Aufmerksamkeit widmen. Die beschleunigte Einführung einer Arbeitslosenversicherung wird die Staatsregierung auf das nachdrücklichste unterstützen.

Die soziale Förderung der gewerblichen Arbeiterschaft liegt in erster Linie dem Reiche ob, aber auch hier werden wir in Preußen, soweit wir es vermögen, die soziale Lage der arbeitenden Bevölkerung zu bessern suchen, der sozialen Gerechtigkeit wegen, aber auch, weil es sich um für das Staatswohl besonders wertvolle nationale Kräfte handelt.

Zur Gewährleistung der Ordnung bedarf es in Anbetracht der politischen Zerrissenheit des Volkes, der wirtschaftlichen und sozialen Not weiter Kreise, mit der die Gefahr verzweifelter wie verbrecherischer Unternehmungen verbunden ist, einer starken, allen Anforderungen gerade dieser Zeit gewachsenen **Polizei,** die, unbedingt verfassungstreu, ein jederzeit zuverlässiges Instrument der Staatsregierung ist.

Die Ruhe und Stetigkeit der Entwicklung unseres Staatswesens wird in erster Linie nur zu sichern sein auf Grund echter und tiefer nationaler und staatsbürgerlicher Gesinnung der gesamten Bevölkerung. Unser Staatswesen, dem im letzten Jahrzehnt so schwere Wunden zugefügt worden sind, kann nicht gesunden, sondern muß zusammenbrechen, wenn nicht alle, die ihr Volk und ihr Vaterland wahrhaft lieben, sich zusammenfinden in dem ernsten Vorsatz, **allen Streit und Hader über die Staatsform zurückzustellen vor dem einen Ziel, auf dem Boden der bestehenden republikanischen Verfassung das allgemeine Wohl des Volkes und des Staates zu fördern.**

Der Schutz der Verfassung

Selbstredend ist es die vornehmste Pflicht der Staatsregierung, mit aller Entschiedenheit für den Schutz und die Beobachtung der bestehenden Staatsverfassung einzutreten. Sie wird das zu Recht bestehende Staatsgrundgesetz gegen jede widerrechtliche Verletzung zu verteidigen wissen! Sie rechnet dabei auf die Unterstützung der gesamten Beamtenschaft.

Die Staatsregierung ist gewillt, ihre beste Kraft einzusetzen, um dieses Ziel zu erreichen. An Sie, als die Vertreter des preußischen Volkes, ergeht der Ruf, der Staatsregierung zur Erreichung dieses Zieles den Weg freizugeben und starke Hilfe zu leisten. **Das Ziel unserer gemeinsamen ernsten Arbeit soll sein: Das Wohl unseres Volkes, die Stärke Preußens und des Deutschen Reiches!"**

Am Schluß der Rede kam es in der Mitte und bei den Sozialdemokraten zu lebhaften Beifallskundgebungen. Die Kommunisten pfiffen und zischten vereinzelt. Auf der rechten Seite unterblieb jede Kundgebung.

Die Renten der Angestelltenversicherung

Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten befaßte sich gestern mit den Anträgen zur Angestelltenversicherung. In der Rentenfrage wurde ein Antrag Gerig (Zentr.) und Genossen angenommen, der die Zustimmung der Deutschnationalen, der Wirtschaftspartei, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei sand. Er sieht für die höheren Klassen, die nach der gegenwärtigen Regelung weniger erhalten, als ihnen an sich zustände, einen Aufwertungszuschlag vor. Dieser Zuschlag beträgt für die Klasse F 1 Mark, für die Klasse G 2 Mark, für die Klasse H 3 Mark und für die Klasse J 4 Mark für jeden in diesen Klassen gezahlten Monatsbeitrag.

Außerdem wurde eine Entschließung angenommen, die von der Regierung einen Gesetzentwurf verlangt, nach dem die Grundrente von 360 auf 480 Mark, die Steigerungssätze von 10 auf 15 Prozent und die Kinderzuschläge von 36 auf 60 Mark erhöht werden sollen.

Poege widerruft seine Geständnisse

Der Fortgang der Zeugenvernehmung im Leipziger Tscheka-Prozeß

Leipzig, 18. Februar. (W. D. Z.)

Im weiteren Verlauf seiner Vernehmung bekundet Skoblewski auf Fragen des Rechtsanwalts Dr. Löwenthal, Landgerichtsdirektor Voigt habe ihm bei der vorletzten Vernehmung entgegengehalten, daß in Rußland Millionen von Menschen ermordet worden seien. Darauf habe er wörtlich gesagt: „Gegenüber solchen Menschen, wie Sie sind, haben wir keine Rücksicht zu nehmen; Sie werden nicht nur zum Tode verurteilt, sondern auch hingerichtet werden." Zu den Vernehmungen sei er mit Handfesseln geführt worden. Vorher habe ihm Kriminalkommissar Heller gesagt: „Sie wollen nach Rußland? Na, Sie werden einen Kopf kürzer gemacht werden."

Die kommunistischen Verteidiger bitten, die Aeußerungen des Untersuchungsrichters zu Protokoll zu nehmen, da dieser die Objektivität habe vermissen lassen. Daraus ziehe die Verteidigung den Schluß, daß die Aussagen des Untersuchungsrichters mit größter Vorsicht aufzunehmen seien.

Der Vorsitzende erklärte nach längerer Aussprache, die Protokollierung nach der Vernehmung des Untersuchungsrichters vorzunehmen, falls sich dann Unstimmigkeiten ergeben.

Auf eine Frage des Rechtsanwalts Dr. Neumann, woher der Angeklagte Skoblewski so gut Deutsch sprechen könne, erwidert dieser, daß er im deutschen Waisenhause in Riga aufgezogen worden sei.

Poege widerruft alle früheren Aussagen

Es folgt die Vernehmung des Angeklagten Poege aus Leipzig-Sellerhausen. Er ist Tischler und im Februar 1901 in Apolda geboren. Zu Beginn seiner Aussage gibt Poege die Erklärung ab: **daß er seine sämtlichen Aussagen, soweit er sie nicht jetzt wiederholen werde, als unwahr widerrufe:** sie seien das Ergebnis einer monatelangen Inquisition. Er wolle nicht als bewußter Spitzel gegen die KPD. dastehen. Schon bei der Verhaftung habe Kommissar Koppenhöfer die halbe Anklageschrift vorgelegt. Er selbst sollte Rauscherschossen haben. Da habe er alles gesagt, um Neumann zu einem Geständnis zu zwingen.

Darauf geht der Angeklagte, der bereits früh in die politische Bewegung eingetreten ist, ausführlich auf seinen politischen Werdegang ein. Im Tone eines Versammlungsredners hält er eine politische Programmrede. Als er von dem „gesetzlich geschützten Massenmörder Lundendorff" spricht, greift der Vorsitzende ein, auch der Verteidiger. Dr. Schindler, redet auf den Angeklagten ein, der darauf erklärt, sich kürzer fassen zu wollen. Im Januar 1919 sei er dem Spartacusbunde beigetreten. Im Mai 1919 wollte er in die Erhardt-Brigade eindringen, um die Leute zu beobachten und aufzuklären. Dies geschah ohne Auftrag der Partei auf eigenen Antrieb. Er kam zum Personalamt der Brigade in Wilhelmshaven. Als Erhardt dort im Exerzierschuppen eine Rede hielt, in der er sagte, es sei Zeit, mit der Sozialdemokratie abzurechnen, sei er allein ausgetreten, und zur Reichsmarine gegangen. Er wollte sich aber nicht verpflichten und ging im Herbst 1920 nach Leipzig zurück. Hier trat er offiziell der KPD. bei. Wie er erklärt, sei er bereit gewesen, selbst sein Leben für die Partei hinzugeben.

Im Herbst 1923 sei er dem Genossen Paul Böttcher für Parteiaufgaben empfohlen worden, der mit ihm nach Dresden fuhr. Hier wurde er zunächst mit Brandler, dann mit Kleine bekannt. Dieser sagte, in Braunschweig befände sich in einer Ziegelei ein faszistisches Waffenlager. Die Nachricht über das Waffenlager erwies sich als falsch. Eine Kontrolle hatte schon durch den Genossen Stoecker stattgefunden. Nunmehr wurde Poege nach Stettin gesandt, um dort den Verkehr zu organisieren. Da er kein Eisenbahner ist, sei er als ungeeignet zurückgewiesen. Er, Poege, sei dann einem Genossen Neubauer in Weimar zur Verfügung gestellt worden. Dieser aber hatte keine Mittel und keine Tätigkeit für ihn. In Leipzig fand bei seiner Rückkehr gerade durch Reichswehr eine Haussuchung statt, die aber ergebnislos verlief. Hierauf wurde er von Neumann nach Berlin berufen. Dieser sagte: **„Ich habe den Auftrag, eine Organisation zu bilden, die sich mit der Kontrolle der Partei und ihrer Führer beschäftigt."**

Der Mordplan gegen Seeckt „ein Hirngespinst"

Was den Plan gegen den General v. Seeckt betrifft, so habe ich das nur für Theater und ein Hirngespinst Neumanns gehalten. Nach der Ermordung Seeckts wäre die Partei ja noch mehr bedrückt worden.

Wenn mir vorgehalten werden sollte, daß ich früher selbst gesagt habe, ich hätte einer Sitzung mit Brandler beigewohnt, so war das eine Notlüge gegen die Vorhaltungen Koppenhöfers. Die Einzelheiten über die Sitzung kannte ich aus einer Broschüre. Ich hatte den Eindruck, als ob Neumann uns nur immer beschäftigen wollte, um sagen zu können, es geschehe etwas. Daß „Erledigen" Ermorden bedeuten sollte, war mir klar. Ich glaubte aber nicht an den Ernst. Neumann sagte mir, **er wolle am Tatort etwas zurücklassen, was auf die Täterschaft von Faszisten schließen ließe.**

Vors.: Hat Ihnen Neumann nicht gesagt, daß es sich um eine Terrorgruppe handelt?

Angekl. Poege: Ich wußte nur davon, daß die Führer der Partei beobachtet werden sollten. Der Kriminalkommissar Koppenhöfer hat erst hinzugefügt: und eventuell erledigt. Als ich das zurückwies, sagte er: Na, Ihr habt aber doch Rausch erschossen! Da habe ich denn in meiner Katlosigkeit ja gesagt. Koppenhöfer sagte mir auch: **Na, da wackelt der Kopp!** (Bewegung.)

Vors.: Sie haben aber doch eingehende Angaben über die „Tscheka" und ihre Einrichtungen gemacht.

Vors.: Sie haben früher von dem Angeklagten Margies gesagt, er sei derjenige gewesen, der dazu übergehen wollte, die scheußlichsten Methoden anzuwenden. Diese Aussage war doch, bei Nichtzutreffen, sehr niederträchtig.

Beschuldigungen gegen die Polizei

Angekl. Poege: Auch das gehört zu den Aussagen, deren ich mich heute schäme. Ich mußte das Vertrauen zur Partei verlieren, wenn der Mann, der alles angeordnet hat, nämlich Neumann, so viel belastende Angaben gegen seine Genossen machte. Ich habe gelogen, aber gelogen unter dem Zwange, den die Behandlung bei der Polizei auf mich ausübte. In bezug auf Margies sagte mir Koppenhöfer, er sei gar kein Kommunist, sondern ein mit Zuchthaus schwer vorbestrafter Verbrecher. Die Lügenhaften Aussagen machte ich, um aus der Tortur der Polizei herauszukommen.

Man sagte mir auf der Polizei, ich würde höchstens zwei Jahre im Zuchthaus sitzen, und dann würde man mir schon einen Paß ins Ausland besorgen. Auch Dr. Goldstein, der erst mein Verteidiger war, habe ich gesagt, daß die Polizei mich inquisitorisch behandelt habe.

Rechtsanw. Dr. Goldstein, der von seiner Schweigepflicht in dieser Beziehung von Poege entbunden wird, bestätigt dies. Er habe dem Poege gesagt, was ihm von der Polizei versprochen worden sei, sei für das Gericht in keiner Weise maßgebend.

Nach längerer Aussprache wird beschlossen, Rechtsanw. Dr. Goldstein als Zeugen zu vernehmen. Dies soll nach einer einständigen Pause geschehen, die um 2 Uhr nachmittags eintritt.

Nach der Pause wird Rechtsanw. Dr. Goldstein als Zeuge vereidigt und entfernt sich aus dem Saal.

Rechtsanw. Dr. Wolf bittet den Angeklagten Poege, sich darüber zu äußern, wer ihn von der Polizei eine milde Bestrafung zugesichert habe, wenn er belastende Aussagen gegen die K. P. D. mache und unter welchen Umständen.

Angekl. Poege schildert die Art der Behandlung nach der Verhaftung im Polizeigewahrsam. Ein Beamter sagte, „mit euch Sippe werden wir schon fertig werden". Es gab nicht einmal Seife, auch nicht genügend Decken zum Schutze gegen die Kälte. Die Vernehmung dauerte bis 10 Uhr abends. Kriminalkommissar Koppenhöfer sagte, ich sollte doch beichten. Ich verlangte einen Rechtsanwalt. Koppenhöfer erwiderte, die Kommunistische Partei hat euch ins Feuer geschickt und wird euch fallen lassen. Einen Rechtsanwalt wird sie nicht schicken. Einen Offizialverteidiger gibt es erst bei Zustellung der Anklageschrift. Er sagte weiter, ein gutes Urteil könnte ich nur erhalten, wenn ich alles der Partei in die Schuhe schiebe; **dann bekommen Sie zwei Jahre und werden danach weiter bei der Polizei beschäftigt.** Ich sagte: Was soll ich denn sagen, ich weiß ja nichts.

Rechtsanw. Dr. Wolf: Also sind auch Ihre Aussagen gegen die Partei unwahr?

Die „abgeschriebenen" Aussagen.

Angekl. Poege: Da Koppenhöfer drängte, ich selbst aber nichts wußte, habe ich Abschnitte aus einer vom „Vorwärts"-Verlag herausgegebenen Broschüre: „Das wahre Gesicht der Kommunisten" abgeschrieben; die Broschüre hatte mir Oberwachtmeister Zinl gegeben. Diese Abschriften kleidete ich als eigene Wahrnehmungen ein. **Auch meine Angaben über die „Tscheka" stammen aus dieser Broschüre.** Ich schrieb sie ab.

Der letzte Bohemien

Zum Tode Aristide Bruants

In Deutschland gibt es keine Bohemiens mehr. Der wallende Schlips ist längst zur Krawatte gezähmt, das Dichterhaupt der Glatze gewichen und der Schlapphut zur Melone zusammengeschrumpft. Die junge Generation pfeift auf eine Romantik, die im Zeitalter des Radio und des Flugzeugs weder Form noch Inhalt sein kann, sondern nur Sentimentalität und damit Rückschritt. In Paris, obgleich von Amerikanern und Engländern arg in seiner Tradition verwüstet, hat sich der Künstler der alten Zeit länger gehalten. Aber so wie der einst sagenhafte und berühmte Montmartre heute nichts mehr ist als der Venusberg der internationalen Kokotten, in dessen Straßenabhängen man kaum wirkliche Pariser trifft und die Künstler, die einst hier hausten, längst in alle Winde zerstoben sind oder sich zum Smoking bekehrt haben, so ist auch der französische Bohemien im Aussterben begriffen. Einer der letzten, der jetzt zur Ruhe ging, ist Aristide Bruant gewesen. Seine Chansons haben den Grundstein zur echten Kabarettkunst gelegt, sie waren Vorbild von Generationen und erklingen bis heute in allen Schenken und Gassen Frankreichs.

Als er seine ersten Gedichte veröffentlichte, hatte er sofort einen unerhörten Erfolg. Kein geringerer als François Coppée begrüßte ihn als einen neuen Villon. Heute war sein Werk abgeschlossen. Es atmet die unbekümmerte Rebellion des ehemaligen Montmartrois und ein feines Verständnis und Empfinden für das proletarische und junge Paris, das gegen Tradition und Spießertum seinen unbekümmerten Lebenswillen einsetzte. Er wurde ein Volkssänger im wahrsten Sinn des Wortes. Aus ihm sprach unmittelbar der Mann der Straße, der junge Student, der arme Maler, die lebenshungrige Grisette und all jenes Volk, das zwischen den Luxusstischen der Reichen mit unverzagtem Mut nach einem Brocken Lust für sich sucht.

Jetzt, im Alter, war Bruant freilich nur noch eine Figur der Vergangenheit, die von der Höhe ihrer dreiundsechzig Jahre herab auf den durchschnittenen Weg sah und längst im Frieden mit der Bourgeoisie lebte, die er so bekämpft und der er in seinem stets überfüllten „Chat noir" (Schwarzer Kater) manchen bösen Witz ins Bier gespuckt hatte. Denn Bruant war allmählich Millionär geworden und hatte seine Villa in Rizza, in der er von seinen Erinnerungen und den Einfünften seiner in vielen Bänden veröffentlichten Chansons lebte.

Das einzige, was ihn noch mit der alten Zeit verknüpfte, in der er mit Samain, Jouy, Cros, Donnay, Ribérol und den anderen den Chat noir gegründet hatte, war die Kleidung; die Samtweste, der Samtrock, der Schlapphut und das rote Halstuch. Er wollte es nicht auszieheu. „Mir ist so, als würde ich aus meinem Leben und Werden desertieren, als würde ich Lautrec (der berühmte Maler, der ihn durch ein Bild unsterblich gemacht hat) und den alten Freunden treulos werden", pflegte er zu sagen, wenn man ihn drängte, die überlebte Kostümierung doch abzutun. Von seinen Gefährten leben nicht mehr viel. Die meisten sind krank und in Elend gestorben. Im Krankenhaus Lariboisière gab es ein Bett, das speziell für die Mitglieder des Chat noir reserviert war und in dem nicht weniger als fünfzehn von ihnen gestorben sind. Bruant ist mit all jenen Ehren, die eine dankbare Stadt wie Paris ihren Toten zu erweisen pflegt, bestattet worden. Sein einziger Sohn, den der ehemalige Kriegsgegner feinerzeit in die Kadettenschule von Saint Cyr gegeben hatte, ist bereits im Weltkrieg gefallen.

Manfred Georg.

Lichte Sonntage

im Harmonium-Saal

Franziska Mann und Gertrud Abel hatten für ihre gestrige Veranstaltung im Harmoniumsaal mit gutem Griff hervorragende Mitwirkende ausgewählt. Josef Wolfsthal, der erste Geiger der Staatsoper, spielte mit bekannter Virtuosität ein ausgewähltes Programm; besonders schön die Variationen von Tartini. Man freute sich an Frau Lulu Barnay, die mit Feinheit den volksliedhaften Charakter einiger Lieder zum Ausdruck brachte. Darauf folgten Rezitationen von Ida Oberländer. In feiner Anordnung trug sie Lyrik von Goethe vor. Der natürliche, rhythmische Ablauf des Gedichts gilt der erst schaffenden jungen Künstlerin als Norm für die Gestaltung und bewahrte sie vor manchen Fehlgriffen, denen man häufig begegnet.

Zur Vollendung des reichhaltigen Programms trug Jaques Burg noch mit seinem Humor einige lustige Sachen von Presber, Reimann und Bierbaum vor. **jd.**

Im literarisch politischen Kabarett „Die Pistole" in der Rampe am Kurfürstendamm findet jetzt ein Programmwechsel statt. Täglich ist Conferencierwettkreit zwischen Peter Sachse, Fritz Beirhalen, Rest Langer, Erich Weinert bringt neue politische Satiren, darunter „Michael drahtet aus der Schweiz" und das „Tagebuch eines Polizeipräsidenten", Emmy v. Emmering singt neue Chansons von Erich Einegg.

um die Polizei los zu werden. Die Protokolle wurden niemals unterzeichnet, sondern am nächsten Tage fortgesetzt.

Auf eine entsprechende Frage des Vorsitzenden erklärt Poege: Zum Untersuchungsrichter Bühner konnte ich kein Vertrauen haben; er ist stets aggressiv gegen mich vorgegangen. Er hat mir auch die Raucherlaubnis abgeschlagen mit der Begründung: „Einem Mörder gebe ich keine Raucherlaubnis."

Vors.: Warum haben Sie denn nicht wenigstens dem Untersuchungsrichter Vogt Mitteilung gemacht?

Angekl. Poege: Ich habe den Versprechungen geglaubt, die man mir gemacht hat. Ich war auf dem besten Wege, ein Polizeispitzel zu werden.

Zeuge Dr. Goldstein bestätigt im großen und ganzen die Darstellung des Poege.

In der weiteren Verhandlung hält Reichsanwalt Dr. Neumann dem Angeklagten Skoblewski vor, daß die Schikora als Zeugin ausgesagt habe, sie kenne ihn, Skoblewski seit drei bis vier Monaten und zwar unter dem Namen „Pawel". Wie erklärt sich das damit, daß Skoblewski nach seiner Angabe erst am 27. Februar 1924 nach Berlin gekommen sei, die Verhaftung also bereits nach vier Wochen erfolgte?

Angeklagter Skoblewski bemerkt dazu, daß diese Aussage nicht in seiner Gegenwart gemacht worden sei. Er habe die Bekanntschaft mit der „Schikora" bisher deshalb bestritten, um ihr eine peinliche Lage zu ersparen.

Hierauf wird die Vernehmung des Angeklagten Poege fortgesetzt. Der Angeklagte Poege erklärt nochmals auf Befragen des Vorsitzenden, daß eine gemeinsame Beratung nicht stattgefunden habe. Die einzelnen Gruppenmitglieder hätten in der illegalen Wohnung des Neumann ihre Befehle erhalten. Dem Angeklagten Poege wird vom Vorsitzenden seine frühere Aussage vorgehalten; er erklärt, der Ausdruck „Tscheka-Gruppe" sei von Koppenhöfer erfunden und ihm in den Mund gelegt worden. Sie selbst hätten immer nur von der Organisation „Hans", nach dem Decknamen des Neumann, gesprochen. **Den Befehlen Neumanns hätte er sich nicht widersetzen können, da er dann, nach dem Wortlaut der Verpflichtung hätte befürchten müssen, von Neumann über den Haufen geschossen zu werden.**

Die Ueberreichung des Kontrollberichts

44 Seiten und zwei Anhänge — Die Frage der Veröffentlichung und der Mitteilung an Deutschland

Paris, 18. Februar. (W. T. B.)

General Walch, der Vorsitzende der interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin, hat heute vormittag dem Marschall Foch den Bericht über das Ergebnis der Generalinspektion in Deutschland übergeben. **Marschall Foch hat sofort den alliierten Botschaftern, soweit sie an den Sitzungen der Botschafterkonferenz teilnehmen, eine Abschrift dieses Schriftstückes zugehen lassen, daß 44 Seiten umfaßt und zwei Anhänge,** von denen der eine von dem Unterausschuß für den effektiven Bestand und der andere von dem Unterausschuß für die Bewaffnung herrührt.

Nach dem „Temps" handelt es sich bei den Anhängen um technische Berichte, der Bericht selbst trage einen allgemeinen Charakter. Es seien darin die Verfehlungen Deutschlands aufgezählt. Außerdem werde die Stimmung in Deutschland hinsichtlich der Entwaffnung gekennzeichnet.

Ministerpräsident Herriot habe schon heute vormittag Kenntnis von dem Bericht genommen. **Es sei möglich, aber noch nicht bestimmt, daß er sich demnächst nach London begebe, um mit Chamberlain und Baldwin zu verhandeln.**

Zwei wesentliche Fragen seien nunmehr von den Alliierten zu entscheiden: **Soll der Bericht veröffentlicht werden, und wenn ja, der Bericht allein oder auch die Anhänge, und in welcher Form soll der deutschen Regierung die am 26. Januar in Aussicht gestellte Mitteilung, was man von Deutschland hinsichtlich seiner Entwaffnungsverpflichtungen noch erwarte, gemacht werden.**

Paschitsch fürchtet die Wahrheit

Der Korrespondent des „B. T." aus Südslawien ausgewiesen

Wie Telegramme aus Budapest und Wien melden, ist der Sonderkorrespondent des „Berliner Tageblattes" in Südslawien, Theodor Berkes, auf Beschluß des südslawischen Ministeriums des Innern ausgewiesen worden. Als Grund wird „regierungsfeindliche Berichterstattung" angegeben. Berkes soll spätestens in drei Tagen das Land verlassen.

Diese Maßnahme der Regierung Paschitsch ist nur ein neues Glied in der langen Kette ihrer Gewaltakte. Den Anlaß zur Ausweisung des Korrespondenten Berkes dürfte wohl sein Bericht über den schändlichen Ueberfall auf die Führer der deutschen Minderheit, Dr. Kraft und Dr. Grasse, gegeben haben. Nach den Wahlen zur Skupschtina, die trotz gemeinsten Terrors und Betruges der Paschitsch-Regierungskoalition nur eine ganz wacklige Parlamentsmehrheit gebracht haben, hat sich die Unterdrückung der bedauernswerten deutschsprechenden Bürger des südslawischen Staates noch verschärft. Ein so scharfer und kritischer Beobachter wie Berkes mußte daher der Belgrader Terror-Regierung äußerst unbequem sein. Aber sie wird auch durch die schärfsten Gewaltmaßnahmen nicht verhindern können, daß die Wahrheit über ihre asiatischen Methoden in Europa bekannt wird.

Anträge zum Dortmunder Grubenunglück

Gegen die Sprengungen in Schlagwetterschächten

Das Zentrum hat im preußischen Landtag folgenden Urantrag eingebracht:

In den letzten Jahren sind Schlagwetterkatastrophen fast durchweg durch Schüsse in der Kohle oder im Nebengestein verursacht worden. Auch die in ihren Auswirkungen für das Leben zahlreicher Bergleute so verhängnisvoll gewordene Schlagwetterexplosion auf „Minister Stein" ist mit großer Wahrscheinlichkeit auf einen Schuß zurückzuführen. Der Landtag wolle deshalb beschließen, die Regierung zu ersuchen, **auf dem Wege der Bergpolizeiverordnung umgehend in allen Fettkohlenflötzen mit Schlagwettererscheinungen das Schießen gesetzlich zu verbieten.**

Weiter wird mit Beziehung auf die Dortmunder Katastrophe in einer im preußischen Landtag eingebrachten Großen Anfrage der Demokraten um die folgende Auskunft gebeten:

1. Welches ist das Ergebnis der sofort eingeleiteten Untersuchung?
2. Welche Maßnahmen sind nötig, um derartige Explosionsunglücke zu verhindern bzw. sie in ihrer Wirkung einzuschränken?
3. Welche Maßnahmen sind bereits getroffen und stehen noch weiter in Aussicht, um die Angehörigen der Verunglückten vor Not zu bewahren?

Die Angst vor der Trockenlegung

Alkoholdebatte im Reichstag — Der Schutz der Minderjährigen

Präsident Löbe eröffnete die gestrige Sitzung des Reichstags mit der Mitteilung, daß für Dr. Höfle der Abgeordnete Hake (Zentr.) für den Wahlkreis Thüringen in den Reichstag eingetreten ist. Der Regierungsgesetzentwurf über die Aufnahme von Auslandskrediten durch Gemeinden und Gemeindeverbände wird ohne Aussprache dem Haushaltsausschuß überwiesen. In dritter Beratung wird der Gesetzentwurf über die Todeserklärungen Kriegsverschollener mit Wirkung vom 1. März dieses Jahres angenommen.

Darauf kam, unter verhältnismäßig starker Teilnahme des Hauses, der sozialdemokratische Antrag auf Vorlegung des

Entwurfes eines Schankstättengesetzes

zur Beratung. Die Freunde und Gegner des Alkohols traten auf den Plan.

Der Abgeordnete **Sollmann** (Soz.) empfiehlt den Ausschußantrag zur Annahme.

Der Vorsitzende des deutschen Gastwirtsgewerbes, Abg. **Strauß** (Wirtsch. Vg.) trat gegen die Schaffung eines Schankstättengesetzes auf. Er kann die Gründe zur Annahme nicht anerkennen. Er erblickt in einem solchen Entwurf eine verschleierte Kommunalisierung des Gastwirtsgewerbes, und er befürchtet, daß daraus langsam die gänzliche Trockenlegung Deutschlands erfolgen würde. Große Heiterkeit ruft er hervor, als er **für die Trunksucht die Revolution verantwortlich** machen will.

Dann ging die Debatte hin und her, die Meinungen scheinen in fast allen Fraktionen nicht einheitlich zu sein.

Der Abg. **Sparrer** (Dem.) erklärte: Die demokratische Fraktion kann sich in ihrer Mehrheit nicht für ein Schankstättengesetz erklären. Wir verkennen die Bewegung gegen den Alkoholmißbrauch keineswegs, aber das Schankstättengesetz, das der Antrag Müller-Franken haben will, enthält doch manche Bestimmungen, die uns gegen diesen Entwurf bedenklich machen. **Ein kulturell hochstehendes Volk, wie das deutsche, kann nicht dem Alkohol erliegen, es steht im Alkoholverbrauch hinter anderen Staaten sogar zurück;** es wird selbst die nötige Widerstandskraft gegen alle solche Dinge finden, namentlich durch Erziehung. Man kann nicht alle kriminellen Taten auf Alkoholmißbrauch zurückführen. Schieberei und Schurkerei gibt es auch in trockengelegten Ländern. Wir haben schon genug Streit in unserem Volke und sollten nicht noch mehr in die Gemeinden hineintragen. **Gegen die Trunkenheit selbst sollen wir alle möglichen Maßnahmen ergreifen, aber durch Erziehung und nicht durch ein solches Gesetz.**

Abg. Frau **Weber**-Berlin (Zentr.): Die Sache wird hier vom Interessentenstandpunkt behandelt, aber der höhere Standpunkt für die Gesetzgebung ist nicht da, wo das Interesse spricht, sondern da, wo des Volkes Wohl liegt. Ich verstehe nicht die Angst vor der Bekämpfung des Alkohols, ich möchte dem Mut das Wort reden, den Alkohol zu bekämpfen. Der Reichstag hat es ja in der Hand, aus dem Gesetz ein brauchbares Werk zu machen. Dann wird ein solches Gesetz eine nationale Tat sein. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Schirmer**-Franken (Bayer. Vp.): Meine Partei kann nicht anerkennen, daß das Wohl des Volkes durch Trockenlegung gehoben wird. Wir können keine polizeilichen vexatorischen Gesetzesbestimmungen brauchen. Auch unsere heimische Arbeit, unser Braugewerbe muß gestützt werden. **Bei uns in Bayern ist Bier ein Nahrungsmittel.** (Großen Heiterkeit.) **Frau Weber hat kein Verständnis dafür. Wir Bayern lassen uns das Bier nicht nehmen.** (Große Heiterkeit.)

Abg. Frau **Schröder** (Soz.): Diejenigen, die sich hier immer als Vorkämpfer für die Familie gebärden, sollten bedenken, wie unzählige Familien durch Trunksucht des Ehegatten zerrüttet, wie viele Ehescheidungen dadurch veranlaßt werden.

Abg. Frau Dr. **Lüders** (Dem.) spricht im Namen einer Minderheit ihrer Fraktion für das gesetzliche Vorgehen gegen den Alkoholmißbrauch. Der Entwurf des Schankstättengesetzes ist seinerzeit vom Minister Becker eingebracht worden. In dieser Frage kann es nur zwei Parteien geben. Wenn der Antrag Müller die Vorlegung eines Schankstättengesetzes und nicht des Schankstättengesetzes, d. h. des Entwurfs von 1923, verlangen würde, dürfte man sich nicht so sehr daran stoßen. Lediglich zugunsten des Schankgewerbes stimmt man gegen den Antrag. Wirtschaftliche Schäden können aus der Bekämpfung des Alkohols nicht entstehen. Wir haben aus Nahrungsmangel tausende und abertausende Kinder über die Grenze schicken müssen. **Bedenken Sie, was es heißt, daß dieses Volk 4mal so viel Getreide für die Alkoholherstellung verwendet hat, wie die Quäker uns an Lebensmitteln gesendet haben.** Auch die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hängt von der Einschränkung des Alkoholverbrauchs ab. Wenn wir den Mut haben, für dieses Gesetz zu stimmen, werden wir unser Volk geistig und wirtschaftlich stärken. (Beifall links.)

Der Antrag des Ausschusses, der die Annahme des Antrags Müller-Franken (Soz.) auf Wiedervorlegung des Schankstättengesetzentwurfs von 1923 empfiehlt, wird in namentlicher Abstimmung mit 200 gegen 168 Stimmen bei 16 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Eine zweite namentliche Abstimmung fand dann über einen Eventualantrag des Abgeordneten Strathmann (Deutschnat. Vp.) statt, schleunigst einen **Gesetzentwurf zum Schutze der Jugend gegen die Gefahr des Alkoholismus und zur Verbesserung des Schankkonzessionswesens** einzubringen. Dieser Eventualantrag wurde mit 309 gegen 53 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen angenommen.

Die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über den Vertrag zwischen Deutschland und Litauen zur Ausführung der Artikel 8 bis 10 der Konvention über das Memelgebiet vom 8. Mai 1924 (Optionsvertrag) brachte nur eine kurze Rede des Deutschvölkischen v. Ramin. Der Reichstag stimmte dem Gesetzentwurf mit großer Mehrheit zu. Die dritte Beratung konnte nicht stattfinden, da von völkischer Seite Widerspruch erhoben wurde.

Es wurde darauf wieder in die Beratung des

Etats des Reichsverkehrsministeriums

eingetreten. Der demokratische Abgeordnete Dr. Wieland nahm gegen den Berichterstatter, Abgeordneter Quaatz (Deutschnat. Vp.), Stellung, der in seinem Bericht einseitig und polemisch vorgegangen sei. Im übrigen forderte der Abgeordnete Wieland eine entsprechende Regelung der Tarife, da durch die unerträgliche Höhe der Steuern und der Frachttarife der Aufstieg der Wirtschaft gehemmt werde. Die Tarife in Belgien, Frankreich und Italien seien viel billiger als die deutschen. Die Seehäfenausnahmetarife müßten weiter ausgebaut werden. Der Redner trat dann für den weiteren Ausbau der Reichswasserstraßen ein und verlangte, daß die Regierung gegen die Monopolbestrebungen im Lastwagenverkehr vorgehen müsse.

Im weiteren Verlauf der Debatte stellte der Abg. **Feder** (Natsoz.) wieder die Behauptung auf, das Gehalt des Herrn Oeser sei noch immer im Dunkel gehüllt. Mit den Zulagen gehe es aber weit über 200 000 Mark hinaus.

Dem trat entgegen der Abg. **Schmidt** (Dem.): Der Redner hat in seiner demagogischen Rede Anklagen gegen Herrn Oeser erhoben, die wir entschieden zurückweisen müssen. Wir haben von Anfang an verlangt, daß die neue Personalordnung dem Reichstag zur Genehmigung vorgelegt werden soll. Eine Zusage in dieser Richtung ist aber nicht gemacht worden und das stelle ich fest, um der Legendenbildung entgegenzutreten, als hätten wir unsere Zustimmung zum Eisenbahngesetz von der Erfüllung dieser Zusage abhängig gemacht.

Wie entsteht eine Zeitung?

Von den vielen Hunderttausenden, die täglich morgens und abends ihre Zeitung erhalten, hat nur ein verschwindend kleiner Bruchteil eine Vorstellung davon, wie es möglich ist, daß sie den Bericht über Ereignisse im In- und Ausland, kaum geschehen, schon in ihrer Zeitung gedruckt lesen.

Alle diese Fragen soll die Ausstellung **„Der Werdegang einer großen Tageszeitung"** („Berliner Tageblatt") beantworten, die am 22. Februar in der „Urania", Taubenstr. 48, eröffnet wird. Hier wird durch Bilder, Muster und Maschinen aus dem Zeitungsbetrieb gezeigt, wie eine Zeitung entsteht.

Handsetzer und Setzmaschinen stellen den Satz her, der zur fertigen Seite vereinigt und aus dem die Mater geprägt wird, die zum Gießen der Druckplatten dient. Die selbsttätigen Gießmaschinen, die Druckplatten, die Druckfarbe, das von großen Rollen sich abwickelnde Zeitungspapier, alles reiht sich zweckmäßig aneinander und gibt dem Besucher eine gewisse Grundlage für den Film, der in Verbindung mit der Ausstellung gezeigt wird und der alles, was vorher nur im einzelnen zur Betrachtung stand, in logisch verknüpfter Zusammenfassung und voller Lebendigkeit darstellt.

Ingenieur Max Jaensch hat diese neue Art technischer Lehrfilme angeregt, die auch dem Nichtfachmann Einsicht und Kenntnis von so wichtigen Lebensgebieten vermitteln. Der Vorführung des Films geht noch eine Erläuterung mit Einzellichtbildern voraus. Die Vorführungen finden statt:

am Mittwoch,	den 25. Februar,	abends	8½	Uhr,
„ Freitag,	„ 27. „	„	7	„
„ Sonntag,	„ 1. März,	„	7	„
„ Freitag,	„ 6. „	„	7	„
„ Mittwoch,	„ 11. „	„	8½	„
„ Donnerstag,	„ 12. „	„	8½	„
„ Donnerstag,	„ 19. „	„	8½	„
„ Freitag,	„ 20. „	„	7	„

Wir können nach Maßgabe der vorhandenen Plätze unseren Abonnenten Karten statt für eine Mark für fünfzig Pfennig zur Verfügung stellen, und bitten nur, die gewünschte Anzahl dieser Karten unter Zahlung des sich ergebenden Betrages spätestens jeweils fünf Wochentage vor dem gewählten Tag in der nächsten Rudolf Mosse-Filiale zu bestellen und die Originalkarten dort wieder im Laufe des Tages der Vorführung abzuholen.

Der Hamburger Umsturzversuch

Kommunistenabmarsch zur Festung

Nach mehr als dreiwöchiger Verhandlungsdauer ist der Hamburger Kommunistenprozeß zu Ende gegangen. Er begann am 22. Januar mit der Anklage wegen Organisation und Mobilisation der K. P. D. zum bewaffneten Aufstand gegen acht Angeklagte, darunter auch gegen den Redakteur Jensen von der kommunistischen „Hamburger Volkszeitung" wegen verschiedener aufreizender Artikel. Infolge des inzwischen begonnenen „Tscheka"-Prozesses vor dem Staatsgerichtshof hat auch der Hamburger Prozeß wieder größere Aufmerksamkeit auf sich gezogen, denn er ist nur ein Teil des Gesamtplanes, wie er fortwährend in unreifen Köpfen spukt: nämlich des Phantoms, die „Diktatur des Proletariats" nach russischem Muster aufzurichten. Der Unterschied liegt nur darin, daß der Leipziger Tscheka-Prozeß wesentlich gemeingefährlichere Bilder — Operierung mit Dum-Dumgeschossen und Giftbazillen — entrollte. Das Gemeinsame liegt aber in derselben Spielerei mit Verschwörung, geheimer Rüstung und „Mobilisation", wobei gelegentlich auch das weibliche Element — in Leipzig die „Eva", die im Vergiften unterrichtet, und die „Lu" — nicht fehlt. Das typische Zeichen für die in unklaren Köpfen rumorende, zum Teil romantische Gewaltspielerei, wie sie so auch unseren rechtsradikalen, ebenso unreifen Köpfen nicht fremd ist. Alle denken sie, Staat und Volk müßten nach ihren Gewaltideen geformt werden; alle vergessen sie, daß die große Masse des deutschen Volkes ganz andere Vorstellungen vom Staatsleben hat, daß sie weder die linke, noch die rechte Schablone als Ideal anerkennt. Daß die deutschen Gerichte zumeist die Rechtsradikalen viel milder beurteilen, wenn sie nicht gar „Vaterlandsretter" in ihnen sehen, ist ein Unrecht, das wir immer wieder beklagen müssen. Denn gewaltsamer Umsturz ist immer dasselbe, ganz gleich, woher er kommt.

Der Hamburger Prozeß ergab das nun längst gewohnte Bild. Deshalb konnte auch von der Wiedergabe von Einzelheiten in wochenlanger Berichterstattung abgesehen werden. Das gestern gefällte (schon kurz verzeichnete) Urteil fiel milder aus, als die Staatsanwaltschaft beantragt hatte. Der Hauptangeklagte Urbahns erhielt 10 Jahre Festung (Antrag 15 Jahre), Frehde 6 (Antrag 12) Jahre, Koppen 5 (Antrag 12) Jahre, Jensen 4 (Antrag 6) Jahre, ein anderer Angeklagter 2½ Jahre Festung; einer wurde freigesprochen, ein anderer nur wegen verbotenen Waffentragens zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt. Hinzu kamen Geldstrafen. Ein Teil der Untersuchungshaft wurde angerechnet. Das Urteil sieht die versuchte Durchführung eines auf gewaltsame Verfassungsänderung hinzielenden hochverräterischen Unternehmens als festgestellt an. Erwiesen ist, daß das Hamburger Unternehmen der Anfang zu einem Umsturz im Reiche sein sollte zwecks Einführung der sogenanten Rätediktatur.

Es bleiben zwei Wünsche: erstens daß man diesen linksradikalen Phantasten die Festungshaft ebenso leicht machen möge wie den Hitler und Genossen; zweitens daß andere Linksradikale gleichwohl sich durch das Urteil warnen lassen mögen. Derartige „Märtyrerschaft" ist höchst traurig und zweifelhaft. Und alle Versuche, das gepeinigte deutsche Volk auch noch von innen her mit blutiger Gewalt zu überziehen, müssen zum Scheitern gebracht werden.

Die große Grippewelle in London. Wie die Londoner Blätter melden, leiden 20 Mitglieder des Parlaments an Grippe. Auch der Erzbischof von Canterbury ist an einer Erkältung mit Fieber erkrankt.

Verantwortliche Redakteure: für Politik, Feuilleton und die Beilagen: Alfred Müller-Heyn; für Groß-Berlin und den übrigen Teil des Blattes: Heinrich Heppenheimer; für den Inseratenteil: Max Grüß; sämtlich in Berlin. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übern. die Redaktion keine Verantwortung.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin.

Heute: „Berliner Sport-Zeitung".

A. Wertheim

Leipziger Str. Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz

Extra-Preise

Donnerstag bis Sonnabend, soweit Vorrat

Trikotagen

Damen-Hemdhosen mittelstark oder fein gerippt .. 1.45
Damen-Hemdchen fein gerippt, weiß .... 55 Pf.
Sportwesten Trikot, mit Futter, meliert 3.95 reine Wolle, gemustert 7.75 13 M
Korsettschoner mit langen Aermeln 75 Pf.
Damen-Untertaillen 1.25 mit langen Aermeln 1.75
Damen-Schlüpfer Trikot, gefüttert 1.95

Herren-Trikothemden mit gestreiftem Einsatz 2.75
Herren-Garnituren (Jacke und Beinkleid) farbig .. 4.25
Herren-Garnituren Ia Makoqualität, farbig 9.50
Blusenschoner weiß und farbig, reine Wolle 2.25
Kinder-Hemdhosen naturfarb. Vorderschluß, alle Größen 1.15

Ständiger Verkauf

Garantie-Damenstrümpfe

für jedes Paar, das innerhalb der Garantiezeit von 3 Wochen durch natürliche Abnutzung Schäden aufweist, wird kostenlos Ersatz geleistet

Baumwolle mit extra verstärkter Sohle, schwarz u. modefarbig 1.95
Seidenflor mittelstark, schwarz u. mod. Farben 2.90
Seidenflor mit vierfacher Sohle, schwarz, grau, beige und sonnenbrand .. 3.90
Kunstseide extra Qualit. schwarz u. modefarbig .. 5.90

Decken u. Teppiche

Wachstuch-Wandschoner ca. 60/90 cm ..... 78 Pf.
Wachstuch-Decken 60/85 cm 1.30 60/100 cm 1.45 70/100 cm 1.65
Linoleum-Läufer mit 65 cm Kante, Meter 2 M 90 cm Meter 2.90 100 cm Meter 3.20

Vorleger starkes Gewebe doppelseitig, persisch gemustert .... ca. 45/90 2.80 50/100 3.40 60/120 4.95 90/180 cm 10.75
Teppiche starkes Gewebe, doppelseitig, persisch gemustert ca. 130/200 16.25 170/240 24 M 200/300 34.75 250/350 51 M 300/400 cm 68 M

Plüsch-Tischdecken mit kleinen Fehlstellen, verschied. Größen ..... Einheitspreis 11.50
Bunt gemusterte Steppdecken 12.50

In dieser Woche Extra-Preise

Ausstellung Damen-Hüte

• Theater • Konzerte •

Staatstheater.
Opernhaus 8 Uhr: 45. V. Walküre. *Schauspielh. 7½ U.:* 49. V. Faust. *Op. a. Königspl. 7½ U.* 50. V. Zar u. Zimm. *Schillerth. Charlbg. 7½ Poss.-A. Alt-Bln.*

Deutsches Theater.
7½ Uhr: **Die heilige Johanna** von Bernard Shaw. Regie: Max Reinhardt. Bergner, Bildt, Vallentin, Otto, Gronau, Franck, Mühkel, Delius, Kühne, Stifter, Kampers, Ihle, Rasp, Fürst, Kepich, Wenzel, Nachtmann, Beiler.

Kammerspiele.
7½ Uhr: **Die Stützen der Gesellschaft** Von Henrik Ibsen. Regie: Richard Gerner. Albert Bassermann, Else Bassermann, Grünberg, Heilberg, Wieman, Kanitz, Wolfgang, Weigel, Fried, Wallauer, Fürst.

Die Komödie Kurfürstendamm 206/207. 8 Uhr: **Zurück zur Schule** Lustspiel in drei Akten von Birabeau. Regie: Erich Pabst. Brauneweller, Meingast, Eltinger, Kupfer, Brandt, Mosheim, Pointner, von Hodenberg, Kronert, G. A. Henkels, Ziegler, Nürnberger.

Grosses Schauspielhaus.
Täglich 8 Uhr
An Alle ....!
Die grosse Schau im Grossen Schauspielhaus.
Preise der Plätze: 1 Mk. bis 18 Mk.

Theater i. d. Königgrätzer Str. 8 Uhr: **Wir lassen uns scheiden.**

Komödienhaus. 8 Uhr: **Heimliche Brautfahrt.**

Berliner Theater. 7.30 Uhr: **Anneliese von Dessau.**

Volksbühne, Theater am Bülowplatz
7½: **Wer weint um Juckenack?** Gerda Müller, Johanna Koch-Bauer, Heinrich George, Gustav Froelich, Adolf Manz, Gerhard Ritter.

Deutsches Opernhaus.
7½ Uhr: **Zar und Zimmermann.**

APOLLO-Theater 8 Uhr 8 Uhr
Revue-Posse „Das lachende Berlin"
Ueber 150 Mitwirkende!
Ganz kleine Eintrittspreise. Parkett 2.50 Mark.

Lessing-Theater. 8 Uhr: **Indipohdi.**

Kleines Theater. 8 Uhr Frau Lohengrin.

Residenz-Theater. 8: **Missis Dot.**

Trianon-Theater. 8 Uhr: **Einmal ist keinmal.**

Deutsches Künstler-Theat. Täglich 4,8 Uhr: **„Riquette"** Operette von Oscar Straus.
Lustspielhaus. 8 Uhr: Guido Thielscher: **Der wahre Jakob.**
Operettenhaus am Schiffbauerdamm. 8 Uhr: **Die vertauschte Frau.**
Wallner-Theater. 8 U.: **Pelleas und Melisande.**

Theater des Westens
Direktion: Walter Steinert
Täglich 7¾ Uhr:
„Der Graf v. Cagliostro"
Operette in 3 Akten von Richard Bars. Musik von Kurt Zorlig.
Cordy Millowitsch / Hilde Wörner / Eduard Lichtenstein / Siegfried Arno – Franz Gross – Arthur Hell
Vorverkauf 10–2 und ab 6 Uhr.

Haller-Revue 1925
Theater im Admiralspalast
99 Nach und Nach 99
Die grösste Revue der Welt. 27. Woche. 50 Bilder.
Täglich 8¼ Uhr.
Edmonde Guy u. Ernest van Dören. Orig. Lawrence Tiller-Empire Girls. Hella Kürty. Robert Negrel. Djemil Anik. Max Ehrlich. Kurt Lilien.
Parkett v. 3 M., II. Rang v. 2 M.
Vorverkauf ununterbrochen

8 UHR SCALA
Variété – Revue

Casino-Theater Nur noch kurze Zeit
8 Uhr: **„Graf Koks".**
Central-Theater.
7½ Uhr: **Die versunkene Glocke**

Komische Oper
Direktion: James Klein
8 Uhr Allabendlich 8 Uhr
Die gewaltigste u. grösste Revue all. Zeiten
Das hat die Welt noch nicht geseh'n
Ueber 250 Mitwirkende.

Goethe-Bühne Untergrdb. Klosterstr. 4a Merkur 8930.
8: **Comtesse Guckerl** mit **M. M. News** Max Bing.
Preise der Plätze: I, 3, 5, 7 Mark.
Vorzeiger halbe Preise.

Thalia-Theater.
Täglich 7½ Uhr: Das **Dreimäderlhaus.**
Schubert: **Jadlowker.**

Metropol-Theater.
Täglich 4,8 Uhr: **Gräfin Mariza.**
Operette von Emmerich Kálmán. Die Kasse ist von 10 Uhr vorm. an ununterbrochen geöffnet. Plätze von 2 M. an, ab 9 Uhr Promenoir 1.50 M.

WINTER GARTEN
Novitäten-Spielplan. Sonntag 5½ Uhr halbe Kassenpreise. Rauchen gestatt.

Rose-Theater.
Direktion: Bernhard Rose.
7¾ Uhr: **Berlin, wie es weint und lacht!**

Circus Busch
Tägl. 7½, Sngs u. Mttwch. 3 Uhr:
Der grosse Circus-Spielplan.
Ein Sportereignis!
Gastspiel Kommissionsrat **Albert Schumann**
Hohe Schule auf „Mephisto"
9 U. D. romantische **Manege-Werk**
Lady Hamilton
Paula Busch
in der Hauptrolle.
Schau der Manege-Wunder!
Freenbahn Anss. ständig!
Volkstüml. Pr.!

Reichshalle.-Theater 8 U. Sg. Kat. m. 3 U.
Stettiner Sänger
Neu: **„Sport-Müller!"**
Karbm. halbe Preise.
Donnholt-Brett'l
8 schöne Programm

Tapeten
Preise bedeutend herabgesetzt!
Restbeständen, reichhaltige Auswahl
aparter Tapeten für alle Räume.
Muster portofrei.
Otto Kindel,
Tapet.-Großhandl.
Berlin N. 40.
Chausseestraße 78.

Theater i. d. Kommandantenstraße.
Letzte Wochen!
8 Uhr: **Molly Wessely** in
„Die Frau ohne Kuss".
Stg. 3½ Uhr: hans Huckebein.

Alt-Bayern
Friedrichstrasse 94.
Ab 8 Uhr im Kabarett
10 Attraktionen
mit **Walter Steiner.**
Im **Festsaal** rheinisch. **Karneval.**
Im **Alt-Bayern-Keller Hockbierfest.**

Theater am Kottbusser Tor.
Tägl. 8 Uhr und Sonntag nachm. 3 Uhr
Elite-Sänger.
Der Gipfel des Humors: **Die Boxe der Pandora!**
Volkstümliche Preise.

Beinkranke,
Untersuchung kostenlos.
Spezial-Heil-Institut
für Haut- u. Beinleiden.
Blowert. Weißenburger Straße 11, Untergrundbahn Senefelderplatz.
Sprechstunden 9–3, Sonntag 8–12.

Am 10. 2. 25 eine **Brieftasche, enthaltend 100 M.** und einen **polnischen Reisepaß** auf Namen **Aiwe Ringer** lautl. verloren. **Aiwe Ringer, Rochstraße 2.**

Wetzels
Adressbuch d. Deutschen Möbel-Industrie
(Verlag von Rudolf Mosse)
zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis erbeten an
Rudolf Mosse
Abtlg. Adressbücher und Codes
Berlin SW. 19
Jerusalemer Strasse 46/51.

Unterricht

Konfektionszeichnen lehrt schnellfördernd, Monatspreis 10 Mark. „Postlagerkarte 74", Hauptpostamt, Berlin-Wilmersdorf.

Vermische Anzeigen

Küchenmöbel streicht, Küchen renoviert, Stuben tapeziert Witzer, Tilsenstraße 17.

Waschkellen sucht Frau Golde, Weißenfeer, Lehderstraße 28.

Gegen Anfertigung von Herrengarderobe bietet erstklassigen Zahnersatz, exquisite Zahnbehandlung bei soliden Preisen. Zahnpraxis, König, Lützowstraße 83. Kurfürst 691.

10 000 Reklamezettel, Dreimarkfünfzig. Hochdruckerei, Alexanderstraße 10.

Verkäufe

Pelzhaus Warschauerstraße 7. Gelegenheitskäufe in sämtlichen Pelzarten zu staunenerregend spottbilligen Sommerpreisen!

Pelzwaren aller Art auf Teilzahlung bei sofortiger Mitnahme. Abzahlungsraten nach Vereinbarung. Tauber & Co., Schönhauser Allee 188, Untergrundbahn Schönhauser Tor. Umarbeitungen billigst.

Damenmäntel. Frühjahrsmäntel 6.—, 7.—, Donegalmäntel 8.—, 12.—, Covercoatmäntel 13.—, 17.—, imprägnierte Regenmäntel, Modellmuchamäntel 24.—, Affenbaummäntel 25.—, 32.—, Flauschmäntel, Veloursmäntel, Leinwandmäntel halber Spottbillig. Werftstatt Schumacher, Gipsstraße 13, Börsebahnhof, Hackeschermarkt.

Monatsgarderobe kaufen Sie billig in Lewicks Leihhaus, Prinzenstr. 105. Anzüge, Paletots, Taillenmäntel Cutaways, Sportsjacke, Gehrcke, Küche aller Art. Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Teilzahlung gestattet.

Gesellschaftsanzüge verleihe an jedermann. Alexanderstraße 28a.

Gardinen preiswert, reell. Künstlergardinen, Englischtüll, 3,75, Madrasgardinen, echtfarbig, herrliche Farbenwahl, 7,75, Halbstores, Etamine, Englischtüll 1,85, Bettdecke 3,95, Gardinen Meter 0,48, 0,85, Divandecken 9,—, Steppdecken 12,50, Linoleum 2,95 aufwärts. Elegante, gerafte Gardinen, Handarbeit, Stores bedeutend herabgesetzte Preise. Besichtigung lohnend. Gardinenhaus, Weinbergsweg 7, II.

Teppiche. Großes Teppich-Lager. Bedeutende Preisermäßigung, nur beste Qualitätsware. Teppich-Haus Stein, Spittelmarkt, direkt Untergrundbahn.

Kinderwagen, Promenadenwagen, Puppenwagen, Kinderstühle, gebrauchte, neue, verkauft Schwarzmann, Kottbuserdamm 93.

Berliner Adreßbücher (1922), auf erhalten, für Mk. 3,— abzugeben, Jerusalemerstraße 46/49, Portier.

Möbel

Ein Jahr Zahlungs-Erleichterung, kleinste Anzahlung, nur Qualitätsmöbel, Schlafzimmer, Speisezimmer, Wohnzimmer, Küchen, Einzelmöbel. Tischlermeister Schumann, Fionskirchstraße 30, Ecke Templinerstraße.

Warnung, vor übereiltem Möbelkauf. Das alteingesessene Unternehmen Möbel-Cohn, im Osten: Große Frankfurter Straße 58 (5 Minuten vom Alexanderplatz), im Norden: Badstraße 47 bis 48 (5 Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen), bietet Ihnen beim Einkauf Riesenvorteile durch gewaltige Auswahl aller Möbelarten, allgemein anerkannte Reellität und größte Kulanz bei Krankheit und Arbeitslosigkeit! Kleinste Anzahlung, allerleichteste Teilzahlung gewährt zum Kauf gediegener Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, aparterster Küchen, sämtlicher Ergänzungsmöbel (Nußbaum, Eiche, weiß lackiert), Federbetten, Kissen, Teppiche, Gardinen usw. Kostenlose Lagerung bis zum Gebrauch.

Patentmatratzen, Wollmatratzen, Metallbetten, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße achtzehn.

Chaiselongues, Divandecken 7,00, Polsterauflagen, Patentmatratzen 10,00, 3,00, Matratzenbarren. Doppelsofas 12.

Zahlungserleichterung auf Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen, Einzelmöbel erhalten Sie im altrenommierten Möbelhaus Stein, Oranienstraße 1.

Noch nie dagewesen! Einmalige Ausstellergelegenheit! Speisezimmer, großes Büfett mit entzückender Glasvitrine, erstklassige, gediegene Verarbeitung, ganz moderne Ausführung, sehr hübsche Ansichte, komplett mit Tisch und Stühlen nur 346.—. Besichtigung führt zum Kauf. Möbelhaus L. Hirschowitz, nur Brunnenstraße 30.

Speisezimmer 425.—, Schlafzimmer 450.—, Herrenzimmer 390.—, Küchen 75.—, Kühlsofas 150.—, Klubsessel 38.—, Ruhebett 38.—, Mouseliplüschsofas, Sofaumbau 68.—, Standuhren 80.—, Betten stellen komplett 38.—, Ausziehtische, Esbestühle 12.—, Trumeaux Pfeilerspiegel 10.—, Schreibsessel 12.—, Klubsessel 8 Goldmark. Möbelhaus Kamerling, Kastanienallee 55.

Musik-Instrumente

Brachtpianos, gebraucht, neue, spottbillig. Klaviermacher Preitschat, Weinmeisterstraße 10/11.

600 fabrikneue Pianos, auch Teilzahlung. Pianobauer Achilles, Webergstraße 60, Strausbergerplatz.

Brachtpianos. Täglich Gelegenheitskauf, gebraucht, neue billig. Auswahl, Ratenzahlung. Pianohaus Preitschat, Augustastraße 38. Fachmann.

Eint • Pianofabrik. Pianos direkt vom Fachmann, große Auswahl, Brunnenstraße 35.

Qualitätsflügel mit Garantieschein 50.— monatlich, bei kleiner Anzahlung. Pianohaus, Königgrätzerstraße 81.

Brachtpianos, herrliche Instrumente, 100.— Anzahlung, 50.— monatliche Abzahlung. Pianohaus, Potsdamerstraße 76 a.

Brachtpianos, wundervolle Instrumente, 150.— Anzahlung, Rest 50.— monatlich. Sachter, Oranienburgerstr. 42.

Fahrräder, Nähmaschinen

Nähmaschinen, 200, fast nagelneue, Grundbrelle Garantie. Spezialhaus, Sendlerstraße 17.

Nähmaschinen auf Abzahlung, alle Fabrikate. Reparaturen schnell, billig, Nähmaschinenhaus, Neue Königstr. 36, Königsbolz (9560).

Tiermarkt

Kaufe Schäferhund. Pankow 3342.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Silbersachen, Goldschmuck, Friedrich Christiansen, Köpenickerstraße 39.

Nähmaschinen sucht dringend. Nollendorf 8682.

Vermietungen

2-, 3- und 4-Zimmerwohnungen, beschlagnahmefrei, gegen Mietsvorauszahlung oder Baukostenzuschuß von der Erbauerin Elbe & Ludwig, G. m. b. H., Stralsk. Telow-Kanalstraße 2.

Mietsgesuche

Tausche 2-Zimmerwohnung, Balkon, gegen 1-Zimmerwohnung und Vergütung, möglichst parterre. Wilhe, Beusselstraße 22, rechter Seitenflügel.

Henko

Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

spart Seife und Seifenpulver!
Mitverwendung von **Henko** bei der Wäsche verbilligt das Waschen.
Vorzügliches Einweichmittel